

☎ (02 28)

Bonn, den

14-0

02.10.2025

Sitzung des DSC-Beirates

Öffentliches Protokoll

über die 5. Sitzung des Beirates bei der Koordinierungsstelle für
Digitale Dienste bei der Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

am Dienstag, dem 08. Juli 2025,
im Dienstgebäude der Bundesnetzagentur,
Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, Raum Nr. 2221

Beginn der Sitzung: 11:00 Uhr

Ende der Sitzung: 14:00 Uhr

Teilnehmerliste: siehe Anhang

DSC-Beirat, Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und
Eisenbahnen

Telefax
0228 14-6456

E-Mail
Geschaeftsstelle.BL@BNetzA.DE

Hausadresse:
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

Internet
<http://www.dsc.bund.de>

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende des Beirates	3
TOP 2 und TOP 3 sind nicht öffentlich behandelt worden	4
4. Allgemeiner Bericht des DSC.....	4
5. Forschungsvorhaben 2026	5
6. Arbeitsprogramm	6
7. Verschiedenes	7

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende des Beirates

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden und digital zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Sie begrüßt insbesondere **Herrn Johannes Heidelberger**, den seit 1. Juli berufenen **Leiter der Koordinierungsstelle für digitale Dienste**. Die Vorsitzende bittet Herrn Heidelberger, sich kurz vorzustellen.

Johannes Heidelberger (DSC) stellt seinen beruflichen Werdegang dar und betont die Notwendigkeit des Digital Services Acts (DSA) als zeitgemäßes Konstrukt und Gemeinschaftsaufgabe in der EU und allen Mitgliedsstaaten. Auch in Deutschland verstehe er dies als Gemeinschaftsaufgabe, die nur mit der Unterstützung aller Stakeholder und der betreffenden Behörden zum Erfolg gebracht werden könne. Er freue sich auf die vor allem koordinierende Aufgabe, die aber auch inhaltlich die wichtigen Themen voranbringen sollte.

Die Vorsitzende dankt und begrüßt die Gäste **Michael Terhörst (BzKJ)**, **Dr. Carsten Adrian (BfDI)**, **Henrike Gudat (Landesanstalt für Medien NRW)**, **Timo Weigl (BVDW)**, **Alexandra Koch-Skiba (eco)** sowie **Lina Wöstmann (EU-Kommission)**.

Personalien:

Die Vorsitzende teilt mit, dass dreizehn Mitglieder des Beirates anwesend sind. Dr. Tobias Mast hat sich entschuldigen lassen.

Der Beirat ist beschlussfähig.

Die Vorsitzende verweist auf das in der Geschäftsordnung vorgesehene **Streamen des öffentlichen Teils** der Sitzung in das Internet und fragt, welche TOP intern und welche öffentlich behandelt werden sollen.

Der Beirat beschließt, dass ab TOP 4 öffentlich mit Streaming getagt werden soll.

TOP 2 und TOP 3 sind nicht öffentlich behandelt worden

Dieser öffentliche Teil ist während der Sitzung auf die Internetseite des DSC gestreamt worden.

4. Allgemeiner Bericht des DSC

Die Vorsitzende verweist auf den vorliegenden schriftlichen Bericht des DSC.

Auf die Frage, was in Bezug auf ungenügende Meldewege der Plattformen gem. dem DSA geplant sei, antwortet **Julia Marquier (RefLn DSC11)**, dass der irische DSC, der hier meist zuständig sei, bereits im September 2024 Verfahren gegen verschiedene auch sehr große Plattformen eröffnet habe. Man werde anregen, dieses Thema auch auf die Tagesordnung im Board der DSC zu setzen.

Zur Frage, wie der DSC seiner Rolle bei der Zulassung von Anträgen auf Datenzugang für Forschende nach dem Delegated Act gerecht werden würde, antwortet **Deniz Erdem (RefL DSC)**, dass nach dem Cooperation Framework innerhalb der europäischen DSC insbesondere Vorprüfungen durch die nationalen DSC erfolgen können, auf welche sich der DSC zurzeit vorbereite. Die Zuerkennungen des Status „Zugelassene Forschende“ selbst oblägen demnach zumeist dem irischen DSC, man arbeite hierbei intensiv sowohl mit diesem als auch mit dem Board der DSC zusammen.

Zum konkreten Beschwerdeaufkommen z. B. über die Beschränkung von Accounts und Inhalten erläutert der **DSC**, dass bislang etwa 1700 Beschwerden eingegangen seien, davon etwa 800 im vergangenen Jahr und pro Tag recht kontinuierlich 5-10. Wenn ein Anhaltspunkt für einen Verstoß gegen den DSA vorliege, dann leite man den Vorgang mit Belegen ggfs. an den ausländischen, zumeist irischen DSC zuständigkeitshalber weiter, der im Einzelfall allerdings auch einen Vorgang an die EU-Kommission aufgrund dessen Intensität weitergebe. Die Einrichtung der Schnittstellen nach von der EU vorgegebenen Vorgaben werde sich erst im nächsten Jahr vollständig realisieren lassen. Kontakt zu den Diensteanbietern selber habe der DSC nur im Rahmen seiner eigenen Aufsichtsverfahren in Deutschland.

Zur Frage weitergehender Informationen zur nationalen Koordinierung der Entfernungs- und Auskunftsanordnungen gemäß Art. 9 und 10 DSA bemühe sich der DSC zurzeit intensiv um eine Bekanntmachung der Rechtsgrundlagen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Behörden. Ebenso sei die EU im Rahmen der zuständigen Arbeitsgruppe im Board dabei, eine Übersicht zu diesem Thema zu erstellen.

Zudem starte der DSC eine Gesprächsreihe „@DSC“ am 10./11.07.2025, um einen Austausch mit den verschiedenen Akteursgruppen zu schaffen. Man gehe derzeit von 40-50 Teilnehmern aus und rechne mit einer Fortsetzung im Herbst.

Zur „Statement-of-reasons-Datenbank“ würden sukzessive alle Online-Plattformen mit Sitz oder gesetzlichen Vertretern in Deutschland angeschrieben, um ihrer Verpflichtung nach Meldung der Entscheidungen und Begründungen zu Maßnahmen gegen User nachzukommen. Dafür würden die entsprechenden technischen Schnittstellen

geschaffen. Dies geschehe auf der Grundlage der Marktakteurs-Studie des letzten Jahres.

Zudem seien im Zusammenhang mit der Zertifizierung von HateAid als Trusted Flagger einige Pressanfragen und IFG-Anträge eingegangen, was deswegen im Bericht enthalten sei, weil es daran immer öffentliches Interesse gebe. Die 18 abgelehnten Anträge hätten die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt, beispielsweise dahingehend, dass als vertrauenswürdige Hinweisgeber keine Einzelpersonen zertifiziert werden dürften, sondern nur Stellen. Auch die Unabhängigkeit des Antragstellers sei aufgrund der gesetzlichen Vorschriften Prüfungsgegenstand.

Zur Frage nach dem Vorgehen gegen Plattformen auf der Grundlage von Art. 28 DSA wegen Pornographie erläutern **Henrike Gudat (Landesanstalt für Medien NRW)** und **Julia Marquier (RefLn DSC)**, dass derzeit eine koordinierte Aktion der EU mit den nationalen Behörden stattfindet und sowohl deutsche als auch europäische Niederlassungen in den Blick genommen würden. Man unterstütze die EU-KOM bei ihren Verfahren mit allen aus eigenen Prüfungen vorliegenden Informationen.

Schließlich erläutert **Deniz Erdem (RefL DSC)** zu den außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen, dass zwar noch kein Bericht zur aktuellen Lage vorliege, aber offenbar großes Interesse an der Streitbeilegungsstelle User Rights bestehe, die einen bereits positiv beschiedenen Antrag auf Ausweitung ihrer Tätigkeit gestellt habe. Sie könne jetzt in weiteren Sprachen und für weitere Plattformen in Anspruch genommen werden.

5. Forschungsvorhaben 2026

Die Vorsitzende bittet zunächst den DSC um den aktuellen Stand.

Johannes Heidelberger (DSC) erläutert zum Jahr 2025, dass der DSC aktuell eine Ausschreibung für ein Forschungsvorhaben zur Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (TTPW-Verordnung) mit Frist für Bewerbungen zum 01.07.2025 veröffentlicht habe, wonach die Auswertung der Eingänge und dann die Vergabe erfolgen werde. Zudem würden Ausschreibungen zur DSA-Compliance von KMU sowie zur Inhaltmoderation und zu inhaltlichen Beschränkungen durch Vermittlungsdienste vorbereitet.

Für 2026 sei der DSC an Vorschlägen aus dem Kreis des Beirates interessiert. Der DSC selbst sehe den Einsatz von KI in der Plattformregulierung als ein mögliches Thema an, worüber er sich derzeit auch mit den anderen DSC in der EU abstimme, um Doppelarbeit zu vermeiden. Dies gelte auch für die Forschungsvorhaben im Allgemeinen.

Der Beirat erörtert den TOP, wobei sich folgende Resultate ergeben:

- **Einsatz von KI:** Es wird vorgeschlagen, das Thema nicht auf die Plattformregulierung durch den DSC zu begrenzen, sondern auch den Einsatz von KI auf Plattformen zu untersuchen. Zudem wird eine Studie zur rechtlichen Definition und Abgrenzung zu anderweitigen Chatbots etc. angeregt

Als weitere Themen für Vorhaben werden aus dem Kreis des Beirates vorgeschlagen:

- **Geoblocking/Geofencing**, zum Forschungsstand inklusive der mit diesen Techniken verbundenen Kosten
- **Trusted Flagger**, insbesondere bezüglich deren Selbstwahrnehmung bezüglich ihrer Rolle, ihrem Zulassungsprozess und ihrer Tätigkeit in den verschiedenen Ländern der EU, aber auch zur Erhebung über deren Zielerreichung, also schnelleren Reaktionszeiten seitens der Plattformen auf Meldungen von vertrauenswürdigen Hinweisgebern hin
- **Delegated Act** mit den ersten Erfahrungen zum Forschungsdatenzugang; in diesem Zusammenhang wird auch eine Konsultation vorgeschlagen, was diese Rechtssetzung ermöglichen würde und wo konkret nachgeschärft werden müsste
- **Plattformen**, die in Deutschland aktiv sind: Welcher Anteil von ihnen hat bis Ende 2025 verbindliche Prozesse zur Einführung der DSA-Vorgaben implementiert? Und welche strukturellen Merkmale könnten signifikante Unterschiede im Umsetzungsgrad erklären?
- **Desinformation**: Inwieweit die Überführung des Code of Practice zu einem Code of Conduct sich konkret ausgewirkt habe, und zu den wirtschaftlichen Hintergründen von Desinformationskanälen (z. B. die Schaltung von Werbung auf entsprechenden Kanälen, Desinformation als „business case“)

Der DSC nimmt die Vorschläge dankend auf. Zunächst werde er sich intern hierüber beraten, wonach in Anbetracht der dann auch hoffentlich geklärten Haushaltslage nach dem Sommer dem Beirat Gelegenheit gegeben werde, sich zu Prioritäten noch einmal dezidiert zu äußern.

6. Arbeitsprogramm

Die Vorsitzende weist zunächst auf diejenigen möglichen Themen für das weitere Arbeitsprogramm hin, die bereits in der letzten Beiratssitzung erwähnt wurden:

- Die Evaluierung des DSA durch die EU-Kommission im Hinblick auf systemische Risiken gem. Art. 34, 35 DSA, deren Ergebnis für den Herbst dieses Jahres vorgesehen sei
- Mögliche Auswirkungen der Vereinfachungs- und Deregulierungsdebatte auf den DSA
- Weiter wurde angeregt, ob der Beirat sich auch für eine ausreichende Ausstattung des DSC angesichts dessen wichtigen Aufgaben einsetzen könnte.
- Zuletzt wurde diskutiert, dass die Wirksamkeit der Transparenzinstrumente des DSA zum Gegenstand weiterer Diskussionen gemacht werden solle.

Nach Erläuterungen des DSC zur Haushaltslage und einer Erörterung im Beirat kommt dieser überein, dass das Thema der ausreichenden Ausstattung des DSC durch einen entsprechenden Hinweis im Jahresbericht umgesetzt werden solle.

Der Beirat erörtert dann weitere mögliche Themen für sein Arbeitsprogramm, hier werden die Folgenden genannt:

- **Illegale Inhalte:** Umgang damit gemäß dem DSA/DGG
- **Trusted Flagger:** Erfahrungen aus den bisherigen Zulassungsverfahren

Der DSC weist darauf hin, dass zum Thema Trusted Flagger die EU derzeit an Leitlinien zu einer einheitlichen Umsetzung der entsprechenden Vorschriften arbeite, was für den zeitlichen Aspekt einer Behandlung im Beirat von Relevanz sein könnte.

Der Beirat kommt nach Diskussion überein, dass vor dem Hintergrund möglicher thematischer Überlappungen und zur Vorbereitung auf die nächste Beiratssitzung ein schriftliches Dokument zum weiteren Arbeitsprogramm vorher im Beirat abgestimmt werden möge (*die Geschäftsstelle wird in Abstimmung mit dem Vorsitz ein entsprechendes Dokument rechtzeitig versenden*).

7. Verschiedenes

Auf Bitten aus dem Beirat wird sich die Geschäftsstelle mit den folgenden Verbesserungen für die Kommunikation im Beirat beschäftigen:

- Schaffung einer digitalen Plattform über die GBG hinaus, welche die einfachere gemeinsame Bearbeitung von Texten, einfachere virtuelle Zusammenkünfte in Arbeitsgruppen etc. ermöglicht
- In der GBG sollen die vorbereitenden Dokumente zu einer Sitzung nur noch in einem speziellen Ordner für die jeweilige Sitzung eingestellt werden
- Im Falle von öffentlichen Diskussionen wie um die Zulassung des ersten Trusted Flagger wird die Geschäftsstelle im Rahmen ihrer derzeitigen personellen

Ausstattung jeweils möglichst zeitnah Links zu entsprechenden Medienberichten an die Beiratsmitglieder übermitteln

Die Vorsitzende weist noch einmal auf das in der Geschäftsordnung enthaltene Erfordernis hin, Themen für die jeweiligen Sitzungen immer drei Wochen vorher in der Geschäftsstelle anzumelden.

Sie schließt mit einem Dank für die Berichte und engagierten Beiträge die Sitzung und wünscht allen Teilnehmern eine gute Zeit bis zur nächsten regulären Sitzung am 07.10.2025 in Berlin.

Erstellt durch die Geschäftsstelle der Koordinierungsstelle für digitale Dienste	Prof. Dr. Henrike Weiden Vorsitzende des Beirates bei der Koordinierungsstelle für digitale Dienste
--	---

Teilnehmer

5. Sitzung des DSC-Beirates am 08.07.2025

Mitglieder des DSC-Beirates

Zivilgesellschaft

Lina Ehrig	vzbv e. V.	
Josephine Ballon	HateAid gGmbH	
Teresa Morrkopf-Widlok	LOAD e. V.	
Siegfried Schneider	Staatsminister a. D.	per WebEx
Svea Windwehr	D64 ZfDF e. V.	
Matthias Spielkamp	AW AlgorithmWatch gGmbH	
Markus Hartmann	Generalstaatsanwaltschaft Köln ZAC NRW	

Wissenschaft

Dr. Tobias Mast	Leibniz HBI	Absage
Prof. Dipl.-Journ. Christina Elmer	TU Dortmund	
Prof. Dr. Henrike Weiden	HS München	
Prof. Dr. Ulrike Klinger	University of Amsterdam	

Wirtschaftsverbände

Susanne Dehmel	Bitkom e. V.	
Alexander Rabe	eco e. V.	
Dirk Freytag	BVDW	per WebEx

DSC und Vertreter der Bundesnetzagentur

Johannes Heidelberger	DSC	
Dr. Deniz Erdem	DSC	
Dr. Julia Marquier	DSC	per WebEx
Diana Caprino	DSC	per WebEx

u. w.

Geschäftsstelle für die Beiräte bei der Bundesnetzagentur

Gäste/Beauftragte

Michael Terhörst	BzKJ	
Henrike Gudat	Landesanstalt für Medien NRW	per WebEx
Dr. Carsten Adrian	BfDI	per WebEx
Timo Weigl	BVDW	per WebEx
Lina Wöstmann	EU-Kommission	per WebEx
Alexandra Koch-Skiba	eco e.V.	per WebEx

(nachträglicher Sitzungsbeitritt)